

# Danziger Zeitung.



7721

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettelhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaffee-Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Gr. Auswärts 1 R. 20 Gr. — Instraße, pro Bett-Belle 2 Gr., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reimeyer und H. B. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und G. Engler; in Hamburg: Hagenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüller; in Gießen: Neumann-Gartmann's Buchhandl.

1873.

**Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.**  
London, 26. Jan. Der Legationssekretär bei der britischen Botschaft in St. Petersburg, Mitchell, welcher sich am Freitag auf seinen Posten zurückgeben hat, überbringt, wie der „Observer“ meldet, der russischen Regierung Depeschen bezüglich der centralasiatischen Frage. Nach demselben Blatt hat die conservative Partei auf den Rath Disraeli's den Beschluß gefaßt, die irische Erziehungsfrage zur Basis einer entschiedenen Opposition gegen die Politik der Regierung zu machen.

Bern, 26. Jan. Ueber die Anträge, welche der am 28. d. M. zusammentretenden Basler Diöcesanconferenz von der Berner Regierung vorgelegt werden sollen, sind vollständige Angaben in den heutigen „Basler Nachrichten“ enthalten. Darnach lauten die Regierungsanträge auf Aufrechterhaltung des Bischofs von Basel und sofortige Suspension desselben in Ausübung seiner amtlichen Funktionen, ferner auf Entziehung der Einkünfte, die ihm vom Staate gewährt werden, und auf Sequestration derjenigen Einnahmen, welche aus Diöcesangut herköhren. Außerdem soll an die Regierung von Solothurn das Ersuchen gestellt werden, dem Bischofe seine Antwohnung in Solothurn zu kündigen und an das Domcapitel die Aufforderung ergehen, einen neuen, den Cantonalregierungen genehmen, Bischofsverweser ad interim zu ernennen. Mit den Regierungen von fünf Cantonen, welche der Diöcese angehören, sollen sofort Verhandlungen über eine Revision des Diöcesanvertrages eröffnet und von den betreffenden Beschlüssen den Regierungen von Zug und von Luzern, so wie dem Bundesrathe, zur weiteren Uebermittlung an den Papst, Kenntniß gegeben werden.

## Fürst Bismarck.

¶ Berlin, 26. Januar.

Dem Fürsten Bismarck war offenbar die Gelegenheit, sich einmal recht auszusprechen, wie sie ihm gestern Kaiser bot, überaus willkommen. So viel und so lange wie gestern hat Bismarck kaum jemals geredet. Das beweist allerdings wenig für die Einfachheit und innere Regelmäßigkeit der von ihm vertretenen Sachen. Wir hörten am Schlusse der Reden schlichte Abgeordnete citiren: Wir wird von alledem so dumm, als ginge mir ein Nähnadel im Kopfe herum. Bismarck war die Situation noch besonders dadurch, daß Minister Eulenburg, den Blick auf den Tisch gestützt, zuweilen auch ganz absonderlich gähnen neben Bismarck sah. Den Zwiespalt im Ministerium gab Bismarck dadurch zu erkennen, daß er sein Gewicht in demselben von dem dauernden Vertrauen der „Mehrheit meiner Herren Kollegen“ abhängig erklärte. Das Vertrauen, welches er zu Noth habe, daß er nicht die Weiterführung der Geschäfte um den Preis eines politischen Bruches erkaufen werde, dieses Vertrauen, sagte er, habe ich „zu wenig anderen Leuten.“ „Hört! Hört! erschall es links.“ Darauf sagte Bismarck: „Außerhalb des jetzigen Ministeriums.“ Große Heiterkeit, in welche besonders Eulenburg miteinstimmte. — Ueber den eigentlichen Kernpunkt, bei welchem die Meinungsverschiedenheiten im Ministerium hervortreten, seine Stellung zur Kreisordnung und zur Herrenhausreform, ließ sich Bismarck mit keiner Sylbe aus. Leider vergaß es auch Bismarck, ihn nach dieser Richtung zu interpelliren. Freilich sagte Bismarck: „Ich habe mich innerhalb des Ministeriums bei den letzten durch Abstimmung zur Entscheidung gebrachten Fragen jederzeit auf Seiten der Majorität befunden und es ist auch nicht der Grund, daß ich irgendwo überstimmt wäre, daß Beschlüsse, die mir zuwider wären, gefaßt wären, wenn auch vielleicht ich nicht Alles durchsetzen konnte, was ich wünschte.“ Man wird sich dem gegenüber zu erinnern haben, daß der Wendepunkt in der Kreisordnungsfrage nicht durch Abstimmung oder Beschluß, sondern durch den selbstständigen Vortrag Eulenburgs im kaiserlichen Cabinet — unmittelbar vor dem Empfange der Herrenhausdeputation herbeigeführt wurde. — Bismarck betonte, daß er sich bemüht, das bisherige Ministerium zusammenzuhalten mit Rücksicht auf die Bestimmungen im Landtage. Schwerlich dürfte aber das Ausschleichen Eigenpläne oder Noth's dieser Bestimmungen verschlechtert haben. Man kann daher nur daran denken, daß Eulenburg's Ausscheiden, der durch das Zustandekommen der Kreisordnung Sympathien gewonnen hatte, oder daß gar Falls Ausscheiden in Frage stand. Minister Selchow soll nach Bismarck's Aussage „aus Gesundheitsrücksichten“ ausgeschieden sein. Wie stimmt aber damit Selchow's Trost bei dem neulichen Abschiedessen? Selchow betont darin doch, indem er die alte conservative Treue feierte, daß er nicht länger seiner Ueberzeugung habe Opfer bringen wollen. — Bismarck sagte: „Der richtige Ausdruck der jetzigen Sachlage wäre eigentlich der, daß man den Titel des Ministerpräsidenten, der nichts weiter bedeute, ganz fallen ließe und lediglich nach dem Princip ginge, daß unter den gleichberechtigten acht Ministern jederzeit der älteste den Vorsitz führt.“ Nun dieser Sachlage entsprach bekanntlich die erste kaiserliche Cabinetsordre vom 26. December und ein dieselbe erläuternder Artikel der Provinzial-Correspondenz. Dieser ersten Cabinetsordre ist aber nach 6 Tagen eine andere gefolgt, welche Noth förmlich zum Ministerpräsidenten erhob, worauf die Provinzial-Correspondenz durch den Staatsanzeiger dementirt wurde. Daß damit auch Bismarck's Auffassung vom „richtigen Ausdruck der Sachlage“ dementirt worden ist, wird jetzt Niemand mehr leugnen können. — Bismarck unternahm es gestern wohl, Delbrück, nicht aber Kameke's Stellung im preussischen Staatsministerium zu vertheidigen. Für letztere führt er nur den Grund an,

„daß Jemand außerhalb der Geschäfte des Ministerpräsidenten ein so umfangreiches Ressort nicht bewältigen kann.“ Der russische Character dieser Ablatus-Stellung ist damit nicht widerlegt. Es ist bekannt, daß Bismarck Noth's Stellung in der Reichs-Verwaltung nicht behagt. Noth ist eben wirklicher Minister, nicht ein „ministermäßig gestellter Beamter“, wie Bismarck sie haben will. Dieser Ausdruck charakterisirt am besten, wie wenig das Ideal Bismarck's von einem einheitlichen Ministerium den englischen Auffassungen entspricht. — Es fehlte auch gestern nicht an den kleinen Blumensträußchen, wie Bismarck sie in logischen Pausen der Rede zu vertheilen pflegt. Nach links warf er das Bouquet von dem notwendigen parlamentarischen Vertrauen, die Particularisten erhielten die Nebelblumen von der notwendigen Heraushebung des Reichskanzlers aus preussischen Vegetationen und von der Möglichkeit, einen Bayer zum Reichskanzler zu machen, der Rechten gegenüber betonte er den notwendig gouvemenementalen kaiserlichen Character eines preussischen Ministeriums und die Einheit zwischen dem Reich und Preußen durch die Krone. Die häufig wiederkehrende Betonung der Stellung der Krone machte den Eindruck, als ob es Bismarck nebenbei auch daran ankomme, eine gewisse Eifersucht in Hofkreisen zu zerstreuen. Wie wenig Ernst es Bismarck mit der Festsetzung des Reichskanzlers aus dem preussischen Ministerium ist, bekräftigt die Stelle, worin er ausführt, der Reichskanzler sei doch immer der „Hauptvertrauensmann“ der Krone. Das preussische Ministerium habe alle Veranlassung, zuzusehen, daß es „nicht die Fühlung mit dem Reichskanzler verliere.“ — War die collegiale Verfassung des preussischen Ministeriums noch nicht aufzuheben, so ist sie doch in dem Maße abgeschwächt worden, als die Stelle des Ministerpräsidenten durch Abzweigung des Reichskanzlers von derselben heruntergedrückt ist. Darnach fällt der Totalindruck von Bismarck's theoretischen Auseinandersetzungen hierüber.

## Danzig, den 27. Januar.

Endlich hat auch Fürst Bismarck bei der Verathung des Etats Veranlassung genommen, sich über die jüngste preussische Crisis zu äußern. Auch ihm ist es sicher nicht gelungen, die allgemeine Annahme, daß erhebliche Differenzen im Schoße des Ministeriums stattgefunden haben, zu zerstreuen. Er deutete die großen Schwierigkeiten an, welche ihm innerhalb des Ministeriums entgegengestellt wurden, er sprach selbst von dem ihm von den Ministern und deren Rathen geleisteten Widerstande und von der Ohnmacht, zu der er in Folge dessen verurtheilt worden sei und wenn er das volle Vertrauen hervorhob, welches er in den neuen Ministerpräsidenten setze, wie in wenige andere Leute, so glaubt Jeder, daß der Minister des Innern jedenfalls nicht zu diesen wenigen Leuten gehört. Der Nachsatz „außerhalb des jetzigen Ministeriums“ konnte sicher Niemanden eine andere Meinung beibringen. Er war wohl auch nicht dazu bestimmt. Die Rede des Kanzlers beweist, daß er mit den gegenwärtig ihm zu Gebote stehenden Kräften weiter arbeiten will — bis es ihm gelingt, durchgreifendere Reformen in der höchsten Verwaltung durchzuführen. Was das Verhältnis Preußens zum Reich betrifft, so haben sich die Ansichten des Fürsten gegen früher wesentlich geändert. Er ist zu der Ansicht gelangt, welche die liberale Presse schon seit lange vertreten hat, daß nämlich der Organismus des Reiches den preussischen Institutionen gegenüber selbstständiger gestaltet werden müsse. Wenn seine kräftige Hand nicht mehr das Steueruder führt, so muß doch eine Scheidung vorgenommen werden, und es ist gut, wenn er selbst die „Heraushebung“ übernimmt, weil ihm dieselbe sehr erleichtert ist. Im Jahre 1867 dachte er noch daran, die Stellung des Bundeskanzlers zu einer subordinirten zu machen, der Kanzler sollte von dem preussischen Ministerpräsidenten seine Instruktionen empfangen; mehr und mehr ist die Stellung des Kanzlers in seinen Augen gewachsen, jetzt ist sie schon die entscheidende geworden, von welcher die Politik auch des preussischen Ministeriums ihre Richtung empfangen soll. Es ist dies ein gutes Zeichen für das Gedeihen des jungen Reiches.

In Oesterreich wird die Gewissheit, daß die Gesegenswürde über die Wahlreform die kaiserliche Sanction erhalten werden, immer größer. Die Czedern, Slovenen u. s. w. wollten als Gegen demonstration einen Slavencongreß in miniature abhalten; es ist aber wieder ganz still davon geworden. Selbst das Haupt der polnischen Emigration, Fürst Wladislaw Czartorski in Paris, hat sich für directe Wahlen ausgesprochen. — Der neue ungarische Ministerpräsident Szlavy hat den Beweis geliefert, daß er es wohl einseht, daß die Magyaren ihre gegenwärtige hervorragende politische Stellung nur durch ein Bündniß mit den Deutsch-Oesterreichern behaupten können. Der chauvinistischen Opposition, welche ein von Oesterreich losgelöstes, selbstständiges Ungarn predigt, antwortete er in einer sehr verständlichen und gewichtigen Rede. Er rief ihnen zu: „In jener Stunde, da das Vertrauen Europas darüber zu wanken beginnt, ob die vereinten Staaten Oesterreich und Ungarn als Großmacht bestehen können, in jener Stunde wanken auch die Grundpfeiler des Staates, und erfolgt der Zusammenstoß, nach welchem dieses Territorium, das wir jetzt „Ungarn“ nennen, kläglich und frei sein kann, dessen Bewohner glücklich und frei sein können, aber Ungarn wird es nicht genannt werden.“

In Italien scheint man selbst in leitenden Kreisen darüber verstimmt zu sein, daß der seit dem Tode des Grafen Brasser de St. Simon erbliebte Posten eines deutschen Gesandten in Rom immer noch nicht besetzt ist. Auch die ministerielle „Opinione“ spricht sich darüber etwas verstimmt aus. Officiös wird von Berlin gemeldet, daß die Befestigung dieser Stelle wie die der übrigen höheren diplomatischen Chargen erst erfolgen wird, wenn die Stelle eines Staatssekretärs in unserm auswärtigen Amt besetzt sein wird, was in nächster Zeit erfolgen soll. Jene in Rom herrschende Empfindlichkeit ist uns nur ein Zeichen, daß man in Italien auf gute Beziehungen mit Deutschland Werth legt; der französische Gesandte in Rom benutzt aber diesen Zwischenfall, um den Einfluß seines Landes in Rom wieder zu heben. Auch Herr Thiers, der über die sympathischen Rundgebungen, welche in officieller Weise von Rom nach Chislehurst gerichtet wurden, sich recht verstimmt zeigte, hat sich nach einer Unterredung mit Miotra für beruhigt erklärt. Seine Bestrebungen, die Freundschaft mit Italien enger zu knüpfen, mißfallen aber so lange vergeblich, als er sich als Protector des Papstes gerirt.

Die neueste Post aus Alexandrien bringt Nachrichten über den günstigen Erfolg der ägyptisch-abessinischen Expedition. Dieselbe ist unter Anführung Wunzinger Bey's bis zum 15. Grad nördlicher Breite vorgedrungen. Die Tigre-Flüsse wurden unterworfen und stellten sich den Siegern keinerlei Communications-Hindernisse entgegen.

Ein New Yorker Journal veröffentlicht eine Unterhaltung eines seiner Redacteure mit dem Staatssekretär Mr. Fish, in welcher letzterer jede Absicht der Unionregierung sowohl auf die Sandwischinseln wie auf Cuba läugnete. Von Cuba habe der Minister noch besonders erklärt, daß der dortige Aufstand nicht als ein solcher zu betrachten sei, aus welchem eine ernsthafte Regierung hervorgehen könne. Diese Mittheilung wird großes und berechtigtes Aufsehen in Spanien machen, wo man über die eigentlichen Absichten der amerikanischen Regierung noch keineswegs im Klaren zu sein scheint und wo namentlich die aus New York herüberkommenden Telegramme über die spanisch-amerikanischen Beziehungen sehr beachtet werden.

## Deutschland.

¶ Berlin, 26. Jan. Der Reichskanzler hat dem Bundesrath den Entwurf einer gemeinsamen Strafprozeßordnung für das deutsche Reich mit Notizen zugehen lassen und beantragt, denselben einer nach Berlin zu berufenen Juristen-Commission, deren Zusammenfassung der Justizauschuß vornehmen soll, zur commissarischen Verathung zu unterbreiten. — Der mit der Vorberathung des Gesetzes über die Eisenbahn-Commissariate beschäftigten Commission ist, wie das „D. W.-Bl.“ berichtet, seitens der Regierung die Mittheilung geworden, daß man sich ernstlich mit einer im Reichskanzleramt vorzunehmenden anderweitigen Organisation des Eisenbahnwesens beschäftigt. Die Commission hat auf Grund dieser Mittheilungen ihre Verathungen unterbrochen. — Wie die „D. Post“ als sicher vernimmt, ist in Folge von Differenzen, welche an maßgebender Stelle entstanden sind, von Seiten des Finanzministers die Erklärung abgegeben worden, daß die Vorlage wegen des Beamtenverweises in der gegenwärtigen Session nicht mehr eingebracht werden soll. — Von clericaler Seite werden außergewöhnliche Maßregeln der römischen Hierarchie in Aussicht gestellt, wenn die Fall'schen Gesegenswürde angenommen würden. Man munkelt davon, die Bischöfe würden ihre Functionen einstellen, der preussische Boden würde mit dem Interdict belegt werden und dergleichen. Durch die Anknüpfung dieser mittelalterlichen Schreckmittel soll offenbar auf schwache Gemüther gewirkt werden. — Wie bereits telegraphisch gemeldet, hat der Oberkirchenrath sich noch nicht mit der Abweisung des Prediger Sydow beschäftigt, da letzterer den Recurs noch gar nicht eingelegt hat. — Dafür entschädigt uns die „Arg.-Stg.“ mit der Nachricht, daß dem Prediger Weitling an der hiesigen Petrikirche, der sich unter den 12 Geistlichen befand, welche sich in ihrem Gesuche an den Oberkirchenrath zu der Sinnesgemeinschaft mit Dr. Sydow bekannt, die Vertretung des Propstes Dr. Köllner in den Geschäften der Superintendentur der Diöcese Köln entzogen und dem Consistorialrath Noel übertragen ist.

— Dem „Westf. Volksbl.“ zufolge hat der Bischof von Baderborn, der bekanntlich ein Erzseult, dem Staatsministerium (zu Händen des Ministerpräsidenten Grafen Noth) eine Erklärung des Inhaltes überliefert: „wie er als Bischof den dem Könige geleisteten Eid treu bis zum Tode zu halten gedenke, wie er aber nicht minder den Eid der Treu gegen die Kirche halten werde, und wie gerade dieser ihm verbiete, die augenblicklich zur Verathung stehenden Gesetze über das Verhältnis von Kirche und Staat zu befolgen; er könne und dürfe sie nicht befolgen, wie exorbitant auch die Strafen seien, die man anrohe.“ — Dem Vernehmen nach wird von conservativer Seite eine Ergänzung des Gesetzes betreffend das Verbot für die Beamten, sich an Erwerbs-Gesellschaften zu betheiligen, dahin beabsichtigt, dasselbe auch auf die Mitglieder des Landtages auszudehnen.

— Nach dem „Deutschen Wochenbl.“ hat die Angelegenheit der Neubesezung der erledigten Oberpräsidentenstellen, zu welchen die hannoversche in so fern nicht eigentlich gehört, als das

Entlassungsgesuch des Grafen Stolberg noch nicht genehmigt ist, noch immer keine Fortschritte gemacht und es scheinen neue Dispositionen in Aussicht zu stehen. Von der Ernennung des Präsidenten von Nordenskiöld für den Posener Posten soll neuerdings ganz abgesehen sein.

\* Der Kaiser hat den Maler Professor Knauts zu Wiesbaden nach statigehabter Wahl zum ständischen Ritter des Ordens pour le mérite, für Wissenschaft und Künste, sowie den Maler Nicaipe de Keyser, Director der Académie des beaux arts zu Brüssel, zum auswärtigen Ritter desselben Ordens ernannt.

Darmstadt, 25. Jan. Das großherzogliche Ministerium hat die Wahl einer Landes Synode angeordnet und den einzelnen Decanen die Anberaumung des Wahltermins anheimgestellt. In Darmstadt erfolgt die Wahl bereits innerhalb der nächsten zehn Tage. — Der hiesige Hof hat für den Kaiser Napoleon und die Großfürstin Helene von Rußland bis Ende dieses Monats Trauer angelegt.

München, 21. Januar. Der „Südd. N.-B.“ wird gemeldet, daß in dem Bestehen des Prinzen Otto, des Bruders des Königs, heute eine sehr erhebliche Verschlimmerung eingetreten sei.

Stuttgart, 24. Jan. In der zweiten Kammer wurde die Regierung durch den Abg. Desterlen über den Stand der Verhandlungen betreffend der Gerichtsverfassung für das deutsche Reich und die Stellung des Königreichs Württemberg zu dieser Frage interpellirt. Der Justizminister v. Mittnacht verlas darauf eine Erklärung des Inhalts, daß die in Berlin stattgehabte Ministerconferenz zunächst nur über die Anlage im großen Ganzen und über die wichtigeren Fragen, welche bei einem Gerichts-Organisationsgesetze in Betracht kämen, verhandelt habe und daß die Ergebnisse dieser Verathung inzwischen durch einen preussischen Justizbeamten in der Form eines Gesegenswurfs zusammengefaßt worden seien. Diese Vorlage solle demnach von Commissarien der betheiligten Regierungen von Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden berathen und sodann anderweit einer Ministerconferenz unterbreitet werden, welche die dem Bundesrathe zu machende bezügliche Vorlage feststellen werde. Die bisherigen betreffenden Besprechungen seien lediglich vorläufige und vertrauliche gewesen, die zur Conferenz versammelten Minister hätten nur persönlich, nicht Namens ihrer Regierungen sich ausgesprochen; die einzelnen Regierungen würden sich erst später in der Frage schlüssig machen und könne deshalb, außer der heutigen schriftlichen Erklärung, zur Zeit über das Verbalten und den Entschluß der württembergischen Regierung eine weitere Mittheilung nicht gemacht werden. (W. L.)

Strasbourg, 25. Jan. Zu dem Gefes über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit hat das Oberpräsidium eine Vollzugsverordnung erlassen, wonach die Ausfertigung der Aufnahmeurkunden durch die Bezirkspräsidenten, die Einreichung der schriftlichen Gesuche um Aufnahme in Strasbourg bei dem Kreisdirectorium, in Metz bei dem Polizeidirectorium geschehen soll. (W. L.)

## Oesterreich.

Wien, 25. Jan. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Debatte über das Budget fortgesetzt. Der frühere Ministerpräsident Comay wies dabei den ihm von der Opposition gemachten Vorwurf zurück, daß er die gegenwärtige Finanzlage geschaffen habe. Auch sei die Finanzlage thatsächlich weniger ungünstig, als angenommen werde. Das ganze Deficit betrage eigentlich nur 8 1/2 Millionen Gulden und könne durch im Etat vorzunehmende Streichungen noch mehr verringert werden, worüber er bei der Specialdebatte weitere Anträge stellen werde. Schließlich wies derselbe auf eine Anzahl von Reformen hin, welche auf allen Verwaltungsgebieten angestrebt werden könnten. (W. L.)

## England.

London, 25. Jan. Die „Times“ schreibt in ihrer heutigen Morgennummer, sie habe Grund zu der Annahme, daß die letzten abgegebene Versicherung des russischen „Reichsanzeigers“, wonach zwischen den Anschauungen der beiden betheiligten Regierungen in Betreff der centralasiatischen Frage keine irgendwie erhebliche Meinungsverschiedenheit obwalte, correct sei. Das Blatt bestätigt den durchaus freundschaftlichen Character der bisherigen diplomatischen Verhandlungen, indessen sei die Behauptung, daß die fragliche Angelegenheit in keine neue Phase eingetreten sei, doch zu weitgehend; die Sendung des Grafen Schuvaloff und der versöhnliche Ton der russischen Presse ließen eine befriedigende Lösung der Grenzfrage erwarten. Jedenfalls müsse England die Unabhängigkeit Persiens und Afghans aufrecht erhalten. — Wie der „Times“ aus Paris gemeldet wird, haben sich Frankreich und Italien damit einverstanden erklärt, daß Oesterreich das Schiedsrichteramt in der Laurionfrage übernehme, zugleich aber in Aussicht gestellt, für den Fall der Weigerung Griechenlands ihre am griechischen Hofe beglaubigten Vertreter abzugeben. (W. L.)

— Die katholischen Bischöfe haben ein langes Manifest aufgesetzt, betreffend die Lage der Kirche und Schule in Deutschland, Frankreich, Italien, Irland; dasselbe schließt mit einem Protest gegen die letzten Beschlüsse der englischen Schoolboards.

## Frankreich.

Paris, 25. Jan. In der heutigen Sitzung der Dreikaiser-Commission brachte Delacour ein Amendement ein, nach welchem der Präsident der Republik solchen Interpellationen betheiligen könne, welche sich auf die allgemeine Politik beziehen, und solle der Ministerrath entscheiden, welche Angelegenheiten



heiten diesen Charakter haben. Es wurde hierüber kein Beschluß gefaßt. Thiers und die Majorität der Commission scheinen einer Verständigung auf dieser Basis geneigt.

(B. L.)  
— Gestern Abend ist das Bureau der „Banque territoriale d'Espagne“ von einem Polizeicommissär einer Recherche unterzogen worden. Do kleiner der Bankadministratoren im Bureau anwesend war und der Generalsecretär der Bank, Jaurès, erklärte, daß er sich nicht im Besitze der Kassenschlüssel befinde, so ließ der Polizeicommissär die Kassenhälter durch einen Schloffer öffnen und unterwarf die der Bank gehörigen Papiere, sowie diejenigen Element Dubernois, die sich dort befanden, einer sorgfältigen Untersuchung.

(B. L.)  
**Belgien.**  
Brüssel, 25. Jan. In der Generalversammlung der Actionäre der Banque de l'union. Jacob Frères, hat sich, wie der „Etoile belge“ meldet, eine so große Anzahl für das an die Regierung zu richtende Gesuch um Bewilligung eines Moratoriums ausgesprochen, daß die dazu erforderliche Majorität der Stimmen bei Weitem überschritten ist.

**Russland.**  
Petersburg, 24. Jan. Das russische Cabinet hat eingewilligt, dem Wunsche Englands entsprechend, eine Grenzlinie in Turkestan anzunehmen, die nicht zu überschreiten es sich verpflichtet. Es wird diese Grenzlinie gemeinsam gezogen werden. (Dsch. B.)  
— Wie ein Telegramm der „Presse“ aus der persischen Hauptstadt meldet, würde Rußland in dem Kampf gegen den Khan von Khiva nicht allein stehen, sondern Persien gleichzeitig mit ihm gegen Turkomanien, das südliche Gebiet von Khiva, vorgehen.

Warschau, 22. Jan. Netschajeff ist wegen des an einem russischen Polizei-Agenten verübten Mordes am 21. d. M. zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit verurtheilt worden. Den in Moskau stattgefundenen Gerichtsverhandlungen wohnte der dortige Consul der Schweiz in offizieller Eigenschaft bei. (Dsch.-Ztg.)

**Spanien.**  
Madrid, 22. Jan. Der Congress-Ausschuß hat seinen Bericht über das Emancipationsgesetz beendet. Er beantragt eine Frist von vier Monaten für die vollständige Befreiung sämtlicher Sklaven auf Portorico, welcher Zeitraum von der Veröffentlichung des Gesetzes in der amtlichen Zeitung an zu berechnen wäre.

**Amerika.**  
New York, 24. Januar. Von dem Comité des Repräsentantenhauses ist ein Bericht über die Verwendung der den Vereinigten Staaten durch das Genfer Tribunal ausgesprochenen Summe vorgelegt worden, in welchem hervorgehoben wird, daß dieselbe den Vereinigten Staaten als Gesamtheit, nicht einzelnen Privatpersonen zurechnet worden sei und schließlich beantragt wird, daß der Betrag von höchstens 10 Millionen Dollars als Entschädigung für zerstörtes Privateigentum bewilligt und der Rest, nachdem allen sonstigen Reclamationen Genüge geleistet sei, dem Staatschatz zugeführt werde. (B. L.)

## Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung am 25. Januar.  
Am Ministerisch u. A. Fürst Bismarck, der vor Beginn der Sitzung den Präsidenten v. Forderbeck begrüßt und sich längere Zeit mit ihm bespricht.  
Etat des Staatsministeriums. Zum Etat der Ober-Examinations-Commission (Prüfung für die höheren Verwaltungsämter) hat Abg. v. Bonin den Antrag gestellt: das Haus wolle beschließen, die Staatsregierung wiederholt und dringend aufzufordern, die durch die Regierung selbst als notwendig anerkannte gesetzliche Festsetzung der Bedingungen, die zum Eintritt in die höheren Verwaltungsämter befähigen, nunmehr durch eine dem Landtage zu machende Vorlage herbeizuführen. Abg. v. Bonin: Gegenwärtig ist die gesetzlich verlangte Ablegung des zweiten juristischen Examens zum Eintritt in diese Verwaltungsämter hinfällig geworden durch den Fortfall und die Aufhebung dieses zweiten Examens. Es fehlt in diesem Augenblicke gerade die Möglichkeit, daß Referendarien bei den Regierungen angenommen werden und ein Examen für den höheren Verwaltungsdienst abgelegt werden kann.  
— Reg.-Comm. Hoffmann: Wenn die Staatsregierung bisher dem Antrage nicht entsprach, so lag dem nur die Thatsache zu Grunde, daß ein Bedürfnis dafür nicht vorhanden war. Schon vor dem Jahre 1866 war Ueberfüllung in der Carriere der hier in Rede stehenden Verwaltungsämter; dieser Zustand steigerte sich noch, als im J. 1866 aus den neuen Provinzen eine große Zahl von höheren Verwaltungsbeamten übernahmen; diese Beamten wurden zum überwiegenden Theile in die alten Provinzen verlegt und es trat dadurch eine noch größere Ueberfüllung ein. Diese hat seitdem abgenommen; aber keinwegs etwa ist bereits der Zustand eines Mangels an Beamten dieser Klasse vorhanden; auch für Nachwuchs ist hinlänglich gesorgt. Es fehlt daher jedes Bedürfnis, einen neuen Anreiz für diese Carriere zu geben. Dazu kommt, daß die Schritte, die in neuerer Zeit die Reichsgesetzgebung im Wege der Selbstverwaltung gethan hat, bereits wesentlich auf die Verminderung der Geschäfte der Regierungen hingewirkt haben. Dasselbe Resultat hoffen wir von der neuen Kreisordnung. — Abg. Windthorst (Heppen): Die Gründe des Reg.-Comm. sind mir nicht unbekannt, daß es zweckmäßig ist, gesetzlich klar festzustellen, wie sich junge Leute, die ein vorwiegendes Interesse für diese Carriere haben, einzurichten haben, wie sich auszubilden und welche Examina sie zu machen haben. Ich kann daher den Antrag nur empfehlen. Nach meinen Erkundigungen sind an sämtlichen Regierungen des Staats gegenwärtig nur 19 Referendarien vorhanden. Wie man das eine Ueberfüllung nennen kann, ist schwer einzusehen. — Der Antrag Bonin wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Zum Etat der Oberrechnungskammer wird folgende Resolution angenommen: Die Staatsregierung aufzufordern: 1) Im Einvernehmen mit der Reichsregierung die Kassensätze des Rechnungshofes und der Ober-Rechnungskammer entsprechend den besonderen Haushaltssätzen zu trennen; 2) Die Beschlüsse der einzelnen Räte der Ober-Rechnungskammer spezialisiert in den Etat aufzunehmen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des auswärtigen Ministeriums. Abg. Lafer: Betreffs des Bureaus des Staatsministeriums ist uns heute im letzten Augenblick mitgeteilt worden, daß in dem Gehaltsverhältnis eine Aenderung vorgehen soll. Das hat den Gedanken hervorgerufen,

daß eine solche Frage nicht nebenher abgemacht werden kann. Umgekehrt verhält es sich mit diesem Etat. Derselbe ist bei uns ja beinahe in Vergessenheit gerathen; der Inhalt ist so zerstückelt zusammengekrümpt, daß dieser Etat sogar noch unter dem des landwirtschaftlichen Ministeriums stehen würde. Aber ich glaube, daß bei uns die Bedeutung der Staatsministerien verkannt wird; bis jetzt spricht man noch zu sehr von den einzelnen Ressorts und nach diesem mist man die Bedeutung der einzelnen Minister ab. Deswegen ist man der Meinung, daß so lange das landwirtschaftliche Ministerium nur so wenig Angelegenheiten habe, sein Inhaber keine bedeutende Rolle spiele. Weicht die Regierung in Preußen nicht ganz und gar von dem ab, was unter Regierungen üblich zu sein pflegt, so ist das Ressort des Verwaltungs-Ministeriums beinahe Nebensache für den Chef des Ministeriums; diesen Theil sollte er eigentlich von guten Räten soweit vorbereiten lassen, daß er selbst seine Aufgabe zu lösen weiß, während die eigentlich politische Bedeutung der Ministerien darin liegt, daß jeder Minister Staatsminister ist und demgemäß an den höchsten Acten der Staatsleitung mit Antheil zu nehmen hat. Einigenmaßen unterstützt werde ich in dieser Meinung dadurch, daß an der Spitze des für Preußen gänzlich werghaften Ministeriums des Auswärtigen ein Mann steht, der doch dessen Dimensionen nicht angepaßt ist. (Heiterkeit.) Mir wäre es lieb gewesen, wenn bei der Einführung des neuen Ministeriums uns die Versicherung gegeben wäre, daß ihm die ganze Energie seines früheren Lebens nicht fehlen werde und ich möchte deshalb die Frage an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten stellen, ob ich in der Auffassung mich richtig befinde, daß innerhalb des Cabinets das einzelne Ressort verhältnismäßig eine untergeordnete Sache sei, dagegen aber die Theilnahme an dem Gesamtministerium jedes einzelne Mitglied verpflichtet, mit voller Verantwortlichkeit, namentlich an den Acten der hohen Politik theilzunehmen und demgemäß auch Fürsorge zu treffen, daß die in dem Ministerium selbst einheitlich vereinbarte Politik von jedem einzelnen Minister vertreten werde. Es würde mir zu großer Genugthuung gereichen, wenn diese Gelegenheit das Land darüber aufklären möchte, daß auch fortan dem Staatsministerium der Beistand und die Energie des auswärtigen Ministers nicht fehlen werde. — Fürst Bismarck: Der Herr Vorredner hat meiner Ueberzeugung nach vollkommen Recht, wenn er annimmt, daß jedes Mitglied des Staatsministeriums nach zwei Seiten hin aufzufassen ist, einmal nach der Verwaltung seines Ressorts, das zweite Mal nach seiner politischen Anschauung als Mitglied des Staatsministeriums, nach seiner Verantwortlichkeit für die Gesamthandlungen des Staatsministeriums, und ich kann dieser Auffassung eine Illustration durch Erwähnung der Dispositionen geben, die im Schooße des Ministeriums über die Frage stattgefunden haben, ob das landwirtschaftliche Ministerium als solches überhaupt beizubehalten sein werde oder nicht. Es hat sich dabei die Majorität des Staatsministeriums dahin ausgesprochen, daß wenn diejenigen Geschäfte, die bisher mit dem landwirtschaftlichen Ministerium verbunden sind, einen politisch thätigen Mann nicht überall ausreichend beschäftigen, es doch für das Gesamtministerium von großer Wichtigkeit sei, daß Se. Majestät eine Ministerstelle vergeben könne, die unter Umständen durch ihre Mitwirkung in den politischen Fragen das Ministerium in seinen Arbeiten unterstützen könne. Ich erwähne, daß in England meines Wissens eine größere Anzahl von Ministerien ohne Ressort, die eben nur vor dem Publikum die Mitverantwortlichkeit für die politische Leitung der Geschäfte tragen, vorhanden sind. Es ist sogar bei uns der eigenthümliche Fall, daß der Präsident des Staatsministeriums keinen größeren Einfluß als irgend einer seiner Kollegen auf die Gesamtleitung der Geschäfte hat, wenn er ihn nicht persönlich sich erkämpft und gewinnt. Will er diesen Einfluß gewinnen, muß er ihn durch Bitten, Ueberredung, Correspondenzen, Beschwerden beim Gesamt-Collegium, kurz durch Kämpfe gewinnen, die die Leistungsfähigkeit des Einzelnen in hohem Maße beanspruchen. Dieser Umstand erhöht die Wichtigkeit des Moments, daß im Staatsministerium jedes Mitglied gleiche politische Bedeutung als Staatsminister in Anspruch nimmt und für die Gesamtleitung der Politik verantwortlich ist. Nur ist es dem einem bestimmten Ressort nicht Angehörigen nicht möglich, die Thätigkeit dieses Ressorts in ihren Specialitäten und Wirkungen so genau zu controliren, daß man sagen könnte, jeder Minister ist jederzeit für jede Handlung seiner Kollegen verantwortlich; es vergehen oft Jahre, ehe ein Minister sich überzeugt, daß die Thätigkeit eines seiner Kollegen Resultate hat, für deren Gewinn er die Verantwortung nicht tragen will. Was die Motive des Wechsel der Geschäfte im Staatsministerium betrifft, so erlaube ich mir festzustellen, daß solche Motive im Ganzen immer einfacher liegen, als das Gerücht und die Presse gern meint. Es ist bekannt, daß der Geschäftsumfang, der mir oblag, ein so vielseitiger war, wie er kaum in einem ähnlichen Verhältnisse in einem Staate von ähnlicher Größe je der Fall gewesen ist. Im Anfang der Periode der Cumulation dieser Geschäfte hielt ich es fast für unmöglich, einen Theil derselben abzutrennen, ohne das Ganze zu gefährden. Es kam dazu, daß meine Arbeitskraft stärker war, als sie schließlich geblieben ist. Es kam dazu, daß ich gerade im auswärtigen Amt eine Hilfe hatte, deren ich gerne bei dieser Gelegenheit gedenke — es war der verstorbene Geheimrath Abeken. Ich habe mich seitdem nach und nach übergeben müssen, daß es ganz unmöglich ist, diesen bedeutenden Geschäftsumfang in der Weise zu übersehen, daß ich jederzeit mich darüber entschliefen kann, ob ich die Verantwortung für das Einzelne tragen will oder nicht. In allen größeren Staaten nimmt die Aufgabe eines auswärtigen Ministers die volle Arbeitskraft eines Mannes in Anspruch, und es dürfte in keinem großen Staate den Fall geben, daß man von dem Träger der auswärtigen Geschäfte auch nur eine anhaltende und eingreifende Mitwirkung in den inneren Angelegenheiten erwartet. Die auswärtigen Geschäfte des deutschen Reichs sind im Augenblick friedliche, aber diesen Frieden nach allen Seiten hin zu wahren und zu pflegen, ist eine Aufgabe, die eben die Arbeit eines Mannes erfordert. Wenn ich daneben in der Stellung eines Kanzlers des deutschen Reichs erhebliche Aufgaben der inneren Verwaltung habe, außerdem die Verantwortung für die Verwaltung des Reichslandes, so ist ja auch dieser Geschäftsumfang eigentlich nur möglich durch die Unterstützung, die ich nach so vielen Seiten hin in diesen

Dingen finde. In der ganzen Reichsverfassung ist es nun aber sehr viel leichter, wenn ich zu einem Punkte komme, wo es mir zweifelhaft wird, ob ich für die Thätigkeit des hoch und ministermäßig gestellten Beamten die Verantwortung ferner übernehmen will, so kann ich im Reiche Rechenschaft und Aufklärung über die Sache fordern, ich kann Bericht einfordern und kann mein Veto, mein Inhibitorium sofort einlegen; kurz ich bin berechtigt, im äußersten Falle zu verfügen, was man unabhängigen Charakter gegenüber sehr schwer und selten thut. Ich halte mich dort im Ganzen nur verantwortlich für die im großen Durchschnitt richtige Wahl der Personen, nicht für ihre einzelnen Handlungen. Außerdem, wenn ich diese Verantwortung gefährdet fühle, bin ich in der Lage, bestimmt zu sagen: das will ich nicht und bestimmte Forderungen zu stellen, was einstens zu geschehen hat. Ganz anders und viel mühevoller ist die Aufgabe eines preussischen Ministerpräsidenten, der einen hohen Ehrenposten, eine große Verantwortung hat und sehr wenig Mittel, dieser Stellung seinen Kollegen gegenüber irgend welchen Nachdruck zu geben und wenn gegen seine Einflüsse sich innerhalb eines Ministeriums ein passiver Widerstand entwickelt, den die einzelnen Beamten dieses Ministeriums theilen, so habe ich darüber die Erfahrung, daß man gewissermaßen im Sande ermüdet und seine Dynamik verliert. (Hört, hört! links.) Ich konnte nach einer zehnjährigen Erfahrung nicht zweifelhaft sein, daß die Stellung des preussischen Ministerpräsidenten diejenige war, die meine Arbeitskraft am meisten in Anspruch nahm. Wenn ich also die Wahl getroffen habe beim Einsetzen der Nothwendigkeit, daß ich das preussische Staatspräsidium los sein wollte, so war es in dem Gefühl, daß in diesem Ressort die Mittel, einen Einfluß zu üben, im allergrößten Mißverhältnis mit der moralischen Verantwortlichkeit, welche die öffentliche Meinung an die Stelle eines Präsidenten knüpft, stehen (hört, hört!), daß mir die größte Erleichterung zu Theil werde, und zugleich die geringste Einbuße an Einfluß, denn daß ich auf diesen Einfluß verzichten wollte, und verzichten könnte, so lange ich die Ehre habe, des Kaisers Reichskanzler zu sein, daran ist ja gar nicht zu denken. Ich will gleich entwideln, warum dazu eine Zusammengehörigkeit zum preussischen Ministerium eigentlich gar kein absolut notwendiges Erforderniß sein würde. Meine äußere Stellung zum preussischen Ministerium könnte noch mehr gelodert werden, als sie ist; die Geschäfte bleiben doch unzertrennbar. Der Reichskanzler muß derjenige Beamte sein, auf den der Kaiser das höchste Vertrauen zu diesem Zwecke setzt. Hat er das Vertrauen des Kaisers, so ist doch unmöglich anzunehmen, daß der König von Preußen in dieser Eigenschaft noch in seinem preussischen Ministerium eine Politik gestalten werde, die dem als Reichskanzler mit dem kaiserlichen Vertrauen beehrten Beamten die Wirksamkeit im Reich unmöglich macht. Man könnte ja das Erforderniß aufstellen, daß der Reichskanzler Mitglied des Ministeriums eines andern bedeutenden Bundesstaats sei. Aber auch der Zusammenhang zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Minister würde dadurch ja in keiner Weise gestört werden, daß der erstere vollständig aufhört Mitglied des preussischen Ministeriums zu sein. Wie ist der Geschäftsbetrieb im Bundesrathe? Die Factoren, welche den Haupteinfluß auf die Vorbereitung der Vorlagen für den Reichstag haben, sind die Ausschüsse des Bundesraths. In jedem dieser Ausschüsse hat der preussische Minister des betreffenden Ressorts, oder einer der höchsten Vertrauensbeamten des Ministeriums den Vorsitz. In der Sitzung des Bundesraths findet sich wieder das preussische Ministerium in seiner Majorität zusammen und arbeitet unter Vorsitz des Reichskanzlers mit den übrigen Ministern. Die Bänder, die beide Organisationen aneinander befestigen, sind also viel stärker, als man äußerlich anzunehmen pflegt. Wenn der Reichskanzler nothwendig das Vertrauen des Kaisers haben muß, so hat er außerdem Mittel des Einflusses und der Macht, die die Frage, ob der Zusammenhang nothwendig ist und durch welche Mittel er gesucht und gefördert werden kann, dem preussischen Ministerium eben so nahe, ja fast noch näher legen, wie dem Reichskanzler, wenn er sich des Vertrauens der Mehrheit der Regierungen, die im Bundesrathe vertreten sind, versichert, wenn er dabei das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu gewinnen weiß — und das wird für ihn ein ebenso notwendiges Bedürfnis sein, da er nach der Verfassung derjenige Beamte ist, der den Vorsitz im Bundesrathe führt und als Vertreter der Bundesregierungen vorzugsweise vor dem Reichstage die Dinge zu vertreten hat — wenn er diese Eigenschaften in sich vereinigt so ist dadurch eine Lage gegeben, bei der Sie viel eher sich im preussischen Ministerium erkundigen können: Verliert ihr auch nicht die Fühlung mit dem Reichskanzler? als daß Sie Veranlassung haben, den Reichskanzler zu fragen: Verliert Du auch nicht die Unterstützung des preussischen Ministeriums? Der Reichskanzler kann ein Gewicht durch andere Elemente gewinnen, welches viel stärker ist als die Disposition über die 17 preussischen Stimmen. Auch dann, wenn er sie nicht selber führt und instruiert, so wird er doch immer in der Lage sein, dem Könige von Preußen als Stimmführender für Preußen, Vortrag zu halten und wenn er es nicht mehr wäre, Sr. Majestät dem Kaiser als dessen Kanzler und Hauptvertrauens-Beamter — Vortrag über diese Dinge zu halten und es ist sehr unwahrscheinlich, daß, wenn der Reichskanzler gegen die Meinung, eine divergirende Meinung der preussischen 17 Stimmen, bei dem Kaiser Protest einlegte, es factisch ausföhrbar sein würde, diese 17 Stimmen, die gegen den Willen Sr. Majestät des Kaisers nicht abgegeben werden können, gegen den Willen des Reichskanzlers abgegeben werden. Dies würde immer zu einem Wechsel in der Person des Reichskanzlers oder zu einem Wechsel in den Personen des preussischen Ministeriums führen müssen. Mein Bleiben in dem jetzigen preussischen Cabinet beweist, daß mein Entschluß sich nicht geändert hat, dieses preussische Ministerium gerade in derselben Weise mit meinen Kräften zu unterstützen, als ob ich sein Vorgesetzter wäre, vielleicht in einer besseren, indem ich das Obium, welches der Vorsitz und die Einwirkung immer gelegentlich hat, nicht mehr besitze. Sie können ganz gewiß darauf rechnen, daß, wenn dieser Wechsel in den Personalverhältnissen des Ministeriums einen Wechsel in der Richtung und in einer meiner früheren Politik feindlichen Richtung bedeutete hätte, keine Macht der Welt mich hätte bewegen können, meine Antecedenten von zehn Jahren zu verleugnen. So

lange ich diesem Cabinet angehöre, können Sie mit Sicherheit darauf rechnen, daß diese Richtung in der Hauptsache nicht verlassen wird, wenn ich mich auch um die Details zu meiner großen Erleichterung weniger zu bekümmern haben werde. (Lebhafter Beifall.)  
— Abg. Virchow: Ich war immer der Meinung, daß der Reichskanzler und der preussische Ministerpräsident eigentlich immer dieselbe Person sein müßten, und der Hr. Reichskanzler hat ja selbst seiner Zeit dieselbe Meinung ausgesprochen; er betrachtete dies damals als selbstverständlich, bis er sich überzeugt hat, daß diese Stellung einen Haken habe. Es haben sich Dissonanzen herausgestellt, welche ihn veranlaßten, sein Amt als Ministerpräsident niederzulegen. Ich meine, es wäre an der Zeit gewesen, die Consolidation des preussischen Ministeriums in der Weise vorzunehmen, daß die Einträchtigkeit und kraftvolle Einmüthigkeit erreicht wird, welche ihm bisher fehlte. Vielleicht wird uns bald ein Gesetz über die Organisation des Staatsministeriums vorgelegt. Wenn bei uns das Ministerium wie in England aus der Majorität des Hauses hervorginge, dann ließe man sich manches Absonderliche gefallen; was uns jetzt beunruhigt, ist ein Act, der nicht an englische, sondern an russische Einrichtungen erinnert, nämlich die Ernennung eines Abolatus, eine Ernennung, die bis jetzt keine Parallele gefunden hat. Der neue Ministerpräsident hat ebenfalls einen Abolatus bekommen, und wir haben befürchtet, es könne der Minister für Landwirtschaft und der für Handel ebenfalls einen bekommen (Heiterkeit). Das preussische Ministerium erschiene dann als ein großes Experimentirfeld, wir können die Abolatus hier nicht vorfordern und sie für ihre Schritte verantwortlich machen, wie wir dies mit den anderen Ministern können. Ueberhaupt aber sollte eine so große Umänderung gar nicht vor sich gehen, ohne daß die vollste Klarheit darüber geschaffen und der Volkvertretung die Möglichkeit geboten wird, auf eine wirkliche Ordnung der Verhältnisse einzuwirken. Die gegenwärtige Art, große Veränderungen von tief einschneidender Wirkung zu machen, ohne jede weitere Erklärung, scheint mir nicht verträglich mit einer wirklichen parlamentarischen constitutionellen Entwicklung. — Fürst Bismarck: Die Frage, wie die Machtstellung zwischen dem Reiche und den einzelnen Staaten sein soll, ist durch die Reichsverfassung festgestellt. Sollte nun die Befürchtung eintreten, daß die Reichsregierung so mächtig wird, daß ein so starker Staat wie Preußen sich vor dem überwiegenden Einflusse des Reiches zu fürchten anfängt, so wäre das eins von den Idealen, denen mein Vorredner entgegenstrebt. (Heiterkeit.) Landleute sind wir Deutsche doch alle und das bekämpfe ich eben in diesen Dingen, dieses Betonen der Scheidung, dieser Reichskanzler, möge er nun ein Preuße oder Bayer sein, und steht er nur als Deutscher gegenüber. Der Schutz für die preussische Verfassung liegt in dem Kaiser und Könige, daß die beiden Organismen einen gemeinsamen Ministerpräsidenten bisher gefunden haben, das war der Ursprung, das sollte aber für die Dauer doch nicht festgehalten werden, denn ein Reichskanzler und Ministerpräsident, dem die Sache durch Berücksichtigung der Zustände und durch das Entgegenkommen einiger, wenn nicht aller Parteien, so sehr erleichtert wird, wie mir, der so sehr den Vortheil hat des frischen Einbruchs der Ereignisse in einer erfreulichen Neubildung, wird sich auch so leicht nicht wieder finden. Es wird vielleicht fähigere, besser geschulte und arbeitsfähigere Leute geben als ich, das gestehe ich ein, aber sie werden nicht getragen sein von der Mehrheit den Ereignisse und man wird ihnen mehr Schwierigkeiten bereiten, einen solchen Geschäftsumfang zu bewältigen, wie er mir bisher oblag; jedenfalls glaube ich aber nicht, daß es einer anderen Persönlichkeit gelingen wird, mit dem vollsten Gefühl der Ehrlichkeit und Verantwortlichkeit hintreten zu können, wie ich es kann. (Zustimmung.) Der Vorredner hat mich in einer Beziehung nicht verstanden; ich habe von Dissonanzen nicht gesprochen, sondern nur von dem Uebermaß der Geschäfte, die auf mir lasten; Dissonanzen, die mich zum Aufgeben veranlassen, haben gar nicht stattgefunden. Ich habe mich innerhalb des Ministeriums bei durch Abstimmung zur Entscheidung gebrachten Fragen jeder Zeit auf Seiten der Majorität befunden, und es ist auch nicht der Grund, daß ich irgendwo überstimmt worden wäre, vielleicht aber der, daß ich nicht alles durchsetzen kann, was ich wünsche, wenigstens nicht mit dem Aufwande von Mitteln, die mir bei meiner sonstigen Thätigkeit als Ueberfluß verbleiben. Es kann ja sein, daß man es für wünschenswerth hält, daß unser Staatsrecht geändert werde, daß unser Ministerpräsident die Befugniß, wie sie etwa der Präsident des Regierungscollégiums hat, das Veto beigelegt wird. Ich kann aber so rasch die Dinge nicht ändern, wie meine Kräfte verbraucht werden, ich muß meine Aenderungen richten nach den Dingen, wie sie bis jetzt liegen, und der richtige Ausdruck der jetzigen Verfassung wäre eigentlich der, daß man den Titel des Ministerpräsidenten, der nichts weiter bedeutet, ganz fallen ließe und lediglich nach dem Princip ginge, daß unter diesen gleichberechtigten 8 Personen jeder Art der Aelteste den Vorsitz führt. Der Vorredner hat behauptet, daß das Ministerium nicht bei dieser Gelegenheit eine Modification und Vervollständigung erfahren hat. Ich glaube, das wäre sehr unzuwennig gewesen, und ich habe das nach Kräften zu verhindern gesucht, daß eine Aenderung eintritt. Der Herr Vorredner meint, es wäre eine ganz gewaltige einschneidende Aenderung, dann ist die Arbeit der ersten 14 Tage verfehlt gewesen. Ich habe mich bemüht, dahin zu wirken, daß wo möglich gar keine Aenderung stattfinde. Der jetzige Ministerpräsident ist mein ältester College insofern, als er vor mir in dem Ministerium bereits war; er ist ein Freund von meiner frühesten Jugend her und zwischen uns ist vollständige Offenheit und gegenseitiges Vertrauen. Ich bin vollständig überzeugt, daß er seinerseits das Ministerpräsidium nicht weiter führen möchte, wenn er die Weiterführung um den Preis eines politischen Bruches mit mir erkaufen sollte — das volle Vertrauen habe ich zu ihm, dies habe ich zu wenigen andern Leuten (Heiterkeit) außerhalb des jetzigen Ministeriums (erneute Heiterkeit). Die Vervollständigung des Ministeriums aus der Majorität der Kammer — das ist sehr viel leichter gesagt, als gethan. Um das zu thun, muß man eine constante Majorität haben. Wir sind meines Erachtens bisher überhaupt nicht in der Lage, ein Parteiministerium bei uns in Preußen bilden zu können. Das Ministerium muß einen vorwiegend gouvemenmental, küniglichen Character tragen. (Bravo! rechts.) Ich muß nun noch eine Frage erwähnen



hing fair Dholerah 6 $\frac{1}{2}$ , good middling Dholerah 6 $\frac{1}{2}$ ,  
 middl. Dholerah 5 $\frac{1}{2}$ , fair Bengal 4 $\frac{1}{2}$ , fair Broach 7 $\frac{1}{2}$ ,  
 new fair Domra 7 $\frac{1}{2}$ , good fair Domra 7 $\frac{1}{2}$ , fair Madras  
 6 $\frac{1}{2}$ , fair Bernam 10 $\frac{1}{2}$ , fair Smyrna 8, fair Swatian  
 10 $\frac{1}{2}$ . Behauptet. — Upland nicht unter good ordinary  
 März-April-Versifffung 9 $\frac{1}{2}$ , Orleans nicht unter low  
 middling December-Versifffung 10 $\frac{1}{2}$ .  
 Paris, 25. Januar. (Schluß-Course.) 3% Rente  
 54, 40. Anleihe de 1871 87, 27 $\frac{1}{2}$ . Anleihe de 1872 89, 35.  
 Italienische 5% Rente 65, 65. Italienische Tabaks-  
 Actien 845, 00. Franzosen (gestempelt) 772, 50. Fran-  
 zosen neue —. Oesterreichische Nordwestbahn 500, 00.  
 Lombardische Eisenbahn-Actien 445, 00. Lombardische  
 Prioritäten 252, 00. Türlen de 1865 53, 42. Türlen de  
 1869 332, 00. Türlenloose 183, 50. Fest.  
 Paris, 25. Januar. Productenmarkt. Weizen  
 ruhig, für Januar 97, 50. für März-April 97, 50. für  
 Mai-August 99, 00. — Weizen weich, für Januar 70, 00,  
 für März-April 70, 25, für März-Juni 70, 50. — Ei-  
 weiss für Januar 55, 00. — Wetter: Veränderlich.  
 Antwerpen, 25. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen behauptet, fran-  
 zösischer 20. Hafer unverändert, inländischer 18. Gerste  
 stetig. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinir-  
 tes, Type weiß, loco 44 bez., 44 $\frac{1}{2}$  Br., für Januar 4 $\frac{1}{2}$   
 bez., 44 $\frac{1}{2}$  Br., für Februar 44 bez., 44 $\frac{1}{2}$  Br., für März  
 44 bez., 44 $\frac{1}{2}$  Br. Weiden.  
 Brüssel, 25. Januar. Die Bank von Belgien hat  
 den Discont von 5 auf 4 $\frac{1}{2}$  % herabgesetzt.  
 New-York, 25. Jan. (Schlußcourse.) Wechsel  
 von London in Gold 109 $\frac{1}{2}$ , Golddagio 13 $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{10}$  Bonds de 1885  
 116 $\frac{1}{2}$ , do. neue 115 $\frac{1}{2}$ , Bonds de 1865 116 $\frac{1}{2}$ , Eriebahn  
 64 $\frac{1}{2}$ , Illinois 121, Baumwolle 20 $\frac{1}{2}$ , Mehl 7 D. 90 C., Rother  
 südhagerweizen —, Raffinirtes Petroleum in Newyork  
 für Gallon von 64 Pf. 21 $\frac{1}{2}$ , do. in Philadelphia 21,  
 Havanna-Zucker Nr. 12 9 $\frac{1}{2}$ . — Höchste Notirung des  
 Goldagio 14 $\frac{1}{2}$ , niedrigste 13 $\frac{1}{2}$ .

**Nichtamtliche Course am 27. Januar.**  
Gebania 95 Br. Bankverein 90 bez. Maschinen-  
bau 85 Br. Brauerei 95 Br. Marienburger Siegel-  
93 Br. Chemische Fabrik 100 Br. 5 % Lärten 52  
bez. Lombarden 116½ bez. Franzosen 204½ Br.

**Königsberg, 25. Januar.** (Wochen-Bericht.) (v. Portaius & Grotthe.) Spiritus hat in dieser Woche einen weiteren Preisaufschlag genommen. Die Zufuhren waren so winzig, daß das kleine Lager, welches sich vor einiger Zeit hier angesammelt hatte, vollständig geräumt werden mußte, um den Bedarf zu befriedigen. Es scheint unzweifelhaft, daß in den Provinzialstädten viel Waare in diesem Jahre zur Lagerung aufgenommen wird, was genuggam aus der täglich noch stärker hervortretenden Fässerfrage erhell't und dürfte dieselbe auch wohl in erster Reihe der Grund sein, daß die Zufuhren so kärglich eingehe. Spätere Termine gewannen ebenfalls durch die Preisbesserung für Locowaare im Werthe, doch hat sich ein lebhaftes Geschäft darin nicht entwickeln können, indem Verkäufer zu hohe Forderungen stellten. Wir notiren heute für Locowaa 18  $\frac{1}{2}$   $\text{R}$ , Januar 18  $\frac{1}{2}$   $\text{R}$ , Frühjahr 18  $\frac{1}{2}$   $\text{R}$ , Mai-Juni 19  $\frac{1}{2}$   $\text{R}$ , 10,000  $\text{P}$  ohne Faß.

Den 27. Januar. Wind: N.  
Nichts in Sicht.  
Thorn, 25. Januar. — Wasserstand: 4 Fuß 7 Zoll.  
Wind: N. — Wetter: trübe.

Januar	Stunde	Barometer- Stand in Par. Linien.	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
26	12	342,17	— 1,8	D., fast still, hell u. klar.
27	8	342,40	— 0,5	N. flau, Schneegestöber.
	12	342,75	— 0,3	NOdlch., flau, hell u. heiter.

(Kunst-Ausstellung.) Vorgeschlagen zur Verloosung sind folgende Bilder von : Kofen, Landschaft (No. 133), v. Francken, Besuch (5), Fräulein v. Bayto, Landschaft (7), Behrendsen, Garbasse (15), Sell, der Vorposten (274), Böttler, Breithorn (31), Thiel, die zerbrochene Statuette (295), Saal, Ohnfall (241), Krüger, Syreemald (144), Sturm, die Thetis vor Anker (293), Piliot, 3 Bilder (197, 198, 199), Monien, Landschaft (161), Schliesser, Mondschein an der Ostsee (252), Baumgärtner, Landschaft (9).

\* Wie wir hören sind die Vorentsche mit der in der hiesigen Danziger Maschinenbau-Actien-

„Badekuren“ von Buttlitz, das „erste Mittagessen“ von Görlitz und „Monsieur Herkules“ von Relly. Es wurde ganz vortrefflich gespielt. Wie wir hören, wird

und Export 1500 Ballen. — Middling Orleans 10 $\frac{1}{2}$ ,  
middling amerikanische 9 $\frac{1}{2}$ , fair Dhollerah 7 $\frac{1}{2}$ , midd-



Redaction, Druck und Verlag von  
H. B. Rosemann in Danzig